



Ehemalige Filmfabrik in Wolfen (1996), Wohlstandsverkünder Kohl (1990)*: Die Aufholjagd der ehemaligen Planwirtschaft

„Vulkane sind überall“

Der ostdeutschen Wirtschaft droht der Absturz: Viele der wenigen Betriebe, die den Weg in die Marktwirtschaft scheinbar schon geschafft hatten, gehen pleite. Die industrielle Basis der neuen Länder, ohnehin klein und brüchig, schrumpft weiter. Ist der Aufschwung Ost vorbei, ehe er richtig begann?

Eberhard Günther hat eine Menge erreicht, genützt hat es wenig. Der Manager ist arbeitslos und das Unternehmen, das er führte, pleite. Was zählt es jetzt noch, daß er als Geschäftsführer der Firma Foron der Welt den ersten Kühlschrank ohne den Ozonkiller FCKW bescherte? Das Geschäft mit dieser Innovation machen längst andere – die Konkurrenten aus dem Westen.

Was hilft es ihm, daß er noch im März im Dresdner Taschenbergpalais den Designpreis „Goldene Gabel“, verliehen vom Magazin *Der Feinschmecker* für

eine weitere Innovation aus Niederschmiedeberg, entgegennahm? Der runde Kühlschrank kann derzeit nur in kleinen Stückzahlen gebaut werden.

Enttäuscht will der gescheiterte Unternehmer Sachsen verlassen. Nun müht sich Zwangsverwalter Wolfgang Tack, den Betrieb fortzuführen und doch noch den finanzstarken Partner aufzutreiben, der bisher nicht zu finden war.

Die Chancen stehen schlecht für Foron, genauso wie für viele andere ost-

* In Erfurt.

deutsche Betriebe auch. Einst hatte sie die Treuhänder mit Geld und guten Wünschen in die freie Marktwirtschaft entlassen, um die Keimzelle einer neuen ostdeutschen Industrielandschaft zu bilden.

Das Geld ist weg, die guten Wünsche halfen nichts. Eine Pleitewelle ohnegleichen rafft viele der wenigen Betriebe hinweg, die den Einzug der Marktwirtschaft zunächst überlebt hatten.

Erwischt hat es die Ostwerften des Bremer Vulkan und die ostdeutschen Betriebe des Baukonzerns Maculan, die Maschinenbauer Germania und Werner



S. BERGEMANN / OSTKREUZ

wird bis weit ins nächste Jahrtausend dauern

& Niles, die ohnehin nur letzte kleine Reste ehemals gewaltiger Kombinate waren. Reihenweise brachen Mittelständler zusammen wie die Fleischerkette Burg mit 77 Filialen, und zuhauf kämpften auch kleine Existenzgründer ums Überleben.

Im vergangenen Jahr fielen der Pleitewelle bereits 5874 Unternehmen zum Opfer. In diesem Jahr werden noch mehr Firmen krachen. Über 7500 Konkurse erwartet die Creditreform: „Die Insolvenzhäufigkeit der Unternehmen im Osten ist“, so die Wirtschaftsankunft, „fast doppelt so hoch wie im Westen.“

Lothar Späth, Chef der Jenoptik im thüringischen Jena, glaubt, „daß es den ostdeutschen Firmen noch nie so schlecht ging wie heute“. Das *Handelsblatt* fragt besorgt: „Droht den Ostmarken der Untergang?“ Und die *Börsenzeitung* sagt den Unternehmen in den neuen Bundesländern eine „zweite Auslese“ voraus.

Dem Aufschwung Ost geht die Luft aus. Droht nun der Absturz?

„In drei bis fünf Jahren“, so hatte der Kanzler auf der Hannover-Messe im

Frühjahr 1991 prophezeit, sei der Osten am Ziel – spätestens also 1996. Längst ist jedoch klar, daß die Aufholjagd der ehemaligen Planwirtschaft bis weit ins nächste Jahrtausend dauern wird – wenn sie denn überhaupt gelingt.

Gewiß, es sind viele zarte Pflänzlein auf den verdorrten Landschaften gesprossen, doch das Überleben dieser Unternehmen ist keineswegs gesichert. Es wurden Einkaufszentren auf die grüne Wiese gesetzt, marode Altbauten und Straßen saniert, Millionen von Telefonanschlüssen gelegt. Doch viele Gewerbeparks warten immer noch auf Investoren, die sich dort ansiedeln. Die Ostdeutschen produzieren gerade zwei Drittel dessen, was sie konsumieren. Den Rest schießt der Westen zu.

Die Ernüchterung hat auch die professionellen Konjunkturforscher erfaßt. „Das fundamentale Problem“ sei bislang nur mit Hilfe „massiver staatlicher Impulse verdeckt worden“, urteilen die Wirtschaftsforschungsinstitute. In ihrem Frühjahrsgutachten beschwören die Ökonomen die Gefahr, „daß die neuen Bun-

desländer für nicht absehbare Zeit wirtschaftliche Ödnis“ bleiben.

Noch vor zwei bis drei Jahren sah alles ganz anders aus, da zählte der deutsche Osten zu den dynamischsten Wachstumsregionen der Welt: Die Wirtschaft zwischen Rostock und Dresden legte jährlich um acht Prozent zu.

Doch seither geht es dramatisch bergab – bis zum völligen Stillstand. In den ersten drei Monaten dieses Jahres, so hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gerade errechnet, stagnierte die Wirtschaft in den neuen Ländern: null Wachstum statt Aufschwung Ost.

Erstmals fiel der Osten damit hinter den Westen zurück. Das ist kein einmaliger Ausrutscher, sondern der Beginn eines Trends: Für 1997 prophezeien Konjunkturforscher für die neuen Länder ein Wachstum von unter zwei Prozent – in den alten soll es zumindest ein halbes Prozent mehr werden.

Für die Menschen hat das verheerende Konsequenzen: Die Arbeitslosigkeit bleibt auf unbestimmte Zeit auf Rekordniveau, vom Wohlstand auf Westniveau können die Ostler weiterhin nur träumen – die Angleichung der Lebensbedingungen rückt in immer weitere Ferne.

Doch auch die Westdeutschen kommen nicht ungeschoren davon: Noch auf Jahre, wenn nicht auf Jahrzehnte hinaus müssen Fördermilliarden fließen, um den labilen Aufschwung Ost am Leben zu erhalten.

Der Staat muß deshalb mehr Schulden machen, als es der Konjunktur guttut, die Steuern müssen höher bleiben, als es der internationale Wettbewerb erlaubt – der Osten kann so teuer werden, daß, so der Münchner Ökonom Hans-Werner Sinn, „der Wirtschaftsstandort Deutschland in die Knie gezwungen wird“ (siehe Gespräch Seite 114).

Allmählich schwant auch den Regierenden in Bonn, was sich da zusammenbraut. In einem Memorandum für die EU-Kommission gesteht Wirtschaftsminister Günter Rexrodt erstmals unverblümt ein, daß „die neuen Länder noch lange nicht am Ziel“ sind.

Die Firmen im Osten seien, so das Rexrodt-Papier, von einer „drastischen Wettbewerbsschwäche“ bedroht; auch auf dem Arbeitsmarkt sei die „Erblast planwirtschaftlicher Politik noch lange nicht bewältigt“ (SPIEGEL 22/1996).

Das Memorandum aus Bonn kommt einem Offenbarungseid gleich: Im Jahr sechs nach der Einheit haben mehr als 1,1 Millionen Menschen keine Arbeit, nicht eingerechnet 440 000, die in Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen zeitweise untergekommen sind. Die Träume aus der Wendezeit sind geplatzt, die großen Versprechungen haben sich als zu kühn erwiesen, die Illusionen von damals sind wie weggeblasen.

Die erste Illusion – das war der Glaube an die D-Mark und an die Kraft des

Marktes: Mit der Währungsunion, so vertrauten die Verantwortlichen im Westen ebenso wie die Bürger im Osten, werde der Sprung in die Marktwirtschaft wie von selbst gelingen.

Doch was zunächst kaum jemand wahrhaben wollte: Der schnelle Umtausch der DDR-Aluchips in harte Westmark, politisch kaum vermeidbar, brachte den Menschen zwar die ersehnte Glitzerware, raubte den maroden Kombinatn aber zugleich ihre letzte Chance, so sie denn überhaupt eine hatten.

Am Morgen des 1. Juli 1990 sahen sich die DDR-Betriebe einer gigantischen Aufwertung ausgesetzt. Mit einem Schlag wurden Maschinen aus Magdeburg, Computer von Robotron oder Schiffe der Neptun-Werft für Kunden im Ausland drei- oder viermal so teuer. Teure D-Mark mußten die Abnehmer nun zahlen, und nicht mehr das Billiggeld des SED-Regimes. Die traditionellen Absatzmärkte in Osteuropa brachen einfach weg.

Dabei galt die DDR mal als die zehntstärkste Industrienation der Welt – eine Propagandalüge, die auch im Westen geglaubt wurde. Doch der Wohlstand war künstlich errechnet, vernebelt durch ein System von Verrechnungs- und Tauschpreisen, mit dem die Ostblockländer Ware gegen Ware verschoben.

Die zweite Illusion beruhte auf der ersten: Die Propheten der Mark und des Marktes sagten ein zweites Wirtschaftswunder voraus – und im Vorgriff vereinbarten die Tarifparteien eine schnelle Angleichung der Ostlöhne an das Westniveau. Das mußte die unproduktiven Betriebe des Ostens überfordern – die Pleitewelle hält bis heute an.

Bei solch fundamentalen Irrtümern verwundert es nicht, daß sich die Bonner einer besonders schwerwiegenden Illusion (Nummer drei) hingaben: Sie glaubten, Investoren aus aller Welt würden sich um die Ostbetriebe reißen.

Aufgrund dieser falschen Annahme ließ die Regierung die Berliner Treuhandanstalt ungehindert gewähren. Die Superbehörde, von der Modrow-Regierung im März 1990 gegründet, sollte das volkseigene Vermögen gewinnbringend privatisieren, die Kombinate und LPGs, die HO-Läden und die Versicherungen.

„Der ganze Salat ist 600 Milliarden wert“, verkündete im Herbst 1990 der damalige Präsident der Mammut-Holding, Detlev Karsten Rohwedder – ein neuer, teurer Irrtum. Für westdeutsche Unterneh-



Pleitetrieb Foron: Die Westkonkurrenz mobbte das Ökowunder vom Markt

men, mit Kapazitäten überreichlich ausgestattet, gab es kaum einen Grund, in den neuen Ländern zu investieren.

Die neuen Kunden ließen sich bequem vom alten Standort im Westen aus bedienen, und wer billige Zulieferer suchte, der ging weiter gen Osten – nach Tsche-

chien oder Polen, wo die Löhne noch immer so niedrig sind, wie sie es in der DDR einmal waren.

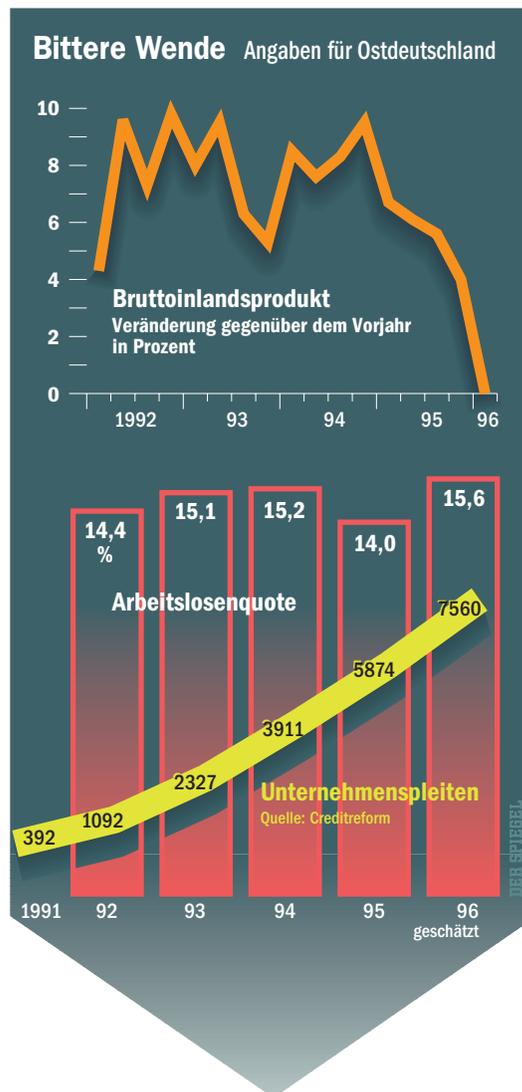
Als die Treuhand am 31. Dezember 1994 zu existieren aufhörte, stand ein Minus von 270 Milliarden zu Buche – nicht eingerechnet die üppigen Investitionszuschüsse, die aus der Staatskasse auch noch an die Käufer flossen. Dank üppiger Beihilfen wurden die Treuhandmanager zwar fast alle Staatsbetriebe los, nicht aber die Probleme.

Schnelle Privatisierung um jeden Preis hieß ihr Ziel, die finanzielle Potenz der Investoren und die Tragfähigkeit der Konzepte waren zweitrangig. Die Bundesregierung wollte mit dem wirtschaftlichen Erbe der DDR möglichst wenig zu tun haben. So wurde es, in der Art eines Schlußverkaufs, verhöckert.

Einem Jahr nach dem Ende der Treuhand wird nun deutlich, daß die Bilanzen reichlich geschönt waren. Rund 700 Gesamtvollstreckungen, wie Konkurse in den neuen Bundesländern heißen, sind der Treuhand-Nachfolgesellschaft, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), bisher bekannt – bei insgesamt 10 649 Privatisierungsverträgen. Doch das ist erst der Anfang.

Jetzt, so glaubt Klaus-Dieter Schmidt vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel, „trennt sich die Spreu vom Weizen“. Ein Teil der Betriebe sei über den Berg, der Rest durchlaufe eine „sehr kritische Phase“ – weitere spektakuläre Pleiten inbegriffen.

„Die Probleme haben nur bedingt mit der allgemeinen Konjunkturschwäche zu tun“, sagt Schmidt, „da darf man sich nichts vormachen. Das



tage. Aus dem Hotel, das nun endlich kurz vor der Eröffnung stand, verschwanden alle 64 Türen, darunter viele Maßanfertigungen.

„Ich habe in der Bauphase bestimmt 230 000 Mark an Zinsen gezahlt“, schätzt die Frau, die verzweifelt um ihr Hotel kämpft. Als sie es schließlich eröffnete, war die Kasse leer – und die Schuldenlast drückte.

15 Monate später kündigte die Bank alle Kredite, zu einer Umschuldung war sie nicht bereit. Weitere drei Monate später mußte der Sächsische Hof schließen.

Die Sparkasse Annaberg will ihre ehemalige Kundin jetzt zum Verkauf an einen Interessenten aus dem Nachbarort drängen. 2,3 Millionen Mark ist das Gebot – zuwenig angesichts von mehr als drei Millionen Mark Schulden. Der Sachwert des Jägerschen Hotels wurde auf 3,2 Millionen Mark geschätzt.

„Wären nicht die Kinder“, sagt die gescheiterte Unternehmerin, „hätte ich mich vielleicht umgebracht.“

hat meist schon unmittelbar nach der Privatisierung eingesetzt.“

In Mecklenburg-Vorpommern präsentierte das Wirtschaftsministerium eine Liste von 31 „Anker“-Unternehmen, die von der Treuhand als regional bedeutsam eingestuft worden waren. Fast die Hälfte dieser Unternehmen gilt als akut gefährdet, darunter die Schiffswerft Rechlin oder die Greifswalder Brauerei. „Vulkane sind überall“, unkt der jetzige SPD-Fraktionschef Harald Ringstorff.

In Brandenburg soll das Fleischwarenwerk Plumrose in Eberswalde (920 Arbeitsplätze) schließen; vorerst gescheitert sind die Privatisierungen der Märkischen Faser in Premnitz und die System Micro-electronic Innovation GmbH in Frankfurt (Oder).

Selbst in Sachsen, dem Musterland Ost, mehren sich die Alarmsignale. „Die Restbestände der sächsischen Industrie befinden sich in ihrer schlimmsten Krise“, urteilt SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Kunckel. Sachsens Unternehmerverband warnt, daß 90 Prozent aller kleinen und mittleren Betriebe in ihrer Existenz bedroht seien.

Ministerpräsident Kurt Biedenkopf hört solche Befürchtungen nicht gern. Angesichts milliardenschwerer – und mit Milliarden geförderter – Neuanstellungen wie den Chipfabriken von Siemens und AMD in Dresden oder dem VW-Werk Zwickau warnt er davor, den Standort Sachsen kaputtzureden. In einer Regierungserklärung nannte Biedenkopf allerdings auch 14 gefährdete Betriebe: vom Landmaschinenbau Torgau über die Werkzeugmaschinenfabrik Plauen bis hin zu Foron.

Der Fall Foron ist typisch für die ostdeutschen Betriebe. Die Erzgebirgler hatten stets mit einem Mangel an Kapital und mit unfairen Attacken ihrer mächtigen Konkurrenten aus dem Westen zu kämpfen.

Von Anfang an fehlte es an einem Investor, der bereit war, Geld in den Kühlschrankhersteller zu stecken. Zwar beteiligte sich der East German Investment Trust, aber davon merkte das Management wenig. Mittlerweile hat der Fonds aus London eine Klage gegen die Treuhandnachfolgerin BvS vorbereitet und will von einer Beteiligung gar nichts mehr wissen: Der Vertrag sei aus formalen Gründen unwirksam.

Die Sachsen mußten sich zudem mit westlichen Konkurrenten herumplagen, die das Öko-



DDR-Bürger mit D-Mark*
Glaube an die Kraft des Marktes

wunder von Foron vom Markt mobben wollten, um dann blitzschnell eigene Kühlschränke ohne FCKW zu entwickeln – die inzwischen Verkaufsschlager sind.

Die neue Foron-Montagehalle wurde nie ganz fertig. An einer Stelle fehlt ein Förderband, die Arbeiter müssen die Ma-

Wenn Absatzerfolge ausbleiben, werden die Banken unruhig

schinen mit Händen weitertragen. Und vom runden Kühlschrank, der im Sommer 1995 in Serie gehen sollte, können nur Einzelstücke produziert werden. Da 300 000 Mark für eine Schäumform fehlen, muß ein Holzprovisorium herhalten.

Auch ein anderes Traditionsunternehmen kämpft ums Überleben: MuZ in Zschopau. Das Nachfolgeunternehmen der einst größten Motorradfabrik der Welt zählte vor sechs Jahren 3400 Mitarbeiter und war neben Foron der wichtigste Arbeitgeber der Region; jetzt schrauben noch 180 „MuZemacher“ Motorräder namens „Skorpion“ oder den Elektromotor „Charly“ zusammen.

Den Zschopauern ergeht es wie so vielen Ostunternehmen: Ihre Produkte haben im Westen keine Chance, dafür sorgt das Kartell der westlichen Händler und Produzenten.

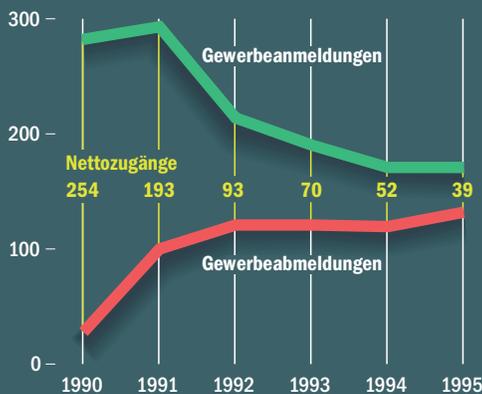
Aber auch im Osten blieb die Nachfrage gering. 1995 brachte MuZ nur einige hundert Maschinen unters Volk. „Welcher Sachse kauft ein Motorrad von MuZ?“ empört sich Landesvater Biedenkopf, der dem Unternehmen Marketingfehler vorwirft. „Ich sehe niemanden.“

Wenn Absatzerfolge ausbleiben und immer neue Millionenverluste drohen, werden die Banken naturgemäß unruhig. Und wenn Besserung nicht in Sicht ist, ziehen sie auch Konsequenzen.

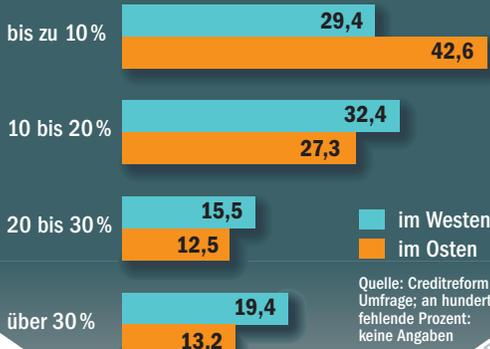
Beim Fernseh- und Elektronikproduzenten RFT Staßfurt, der zu 49 Prozent

Schwachpunkt: Das Kapital

Gewerbe in Ostdeutschland in Tausend



Prozentanteil der Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von ...



Quelle: Creditreform Umfrage; an hundert fehlende Prozent; keine Angaben

DER SPIEGEL

* Am 1. Juli 1990, dem Tag der Währungsunion.

der Nord/LB gehört, stoppten die Geldgeber einen Kredit in zweistelliger Millionenhöhe. „Wie ein Verhüterli“ habe das gewirkt, klagt Betriebsratschef Waldemar Fenske, „wenn man das überstreift, kommt auch nichts mehr raus“. Die Privatisierung sei „einfach abgebrochen worden“. Wenig später beantragte RFT die Gesamtvollstreckung.

Dabei zählt das Fernsehwerk der RFT zu den modernsten Europas, allerdings verbirgt sich der High-Tech-Glanz auf dem riesigen Firmenareal hinter Ruinen. Die Staßfurter nennen die moderne Produktionshalle „Factory 95“.

Noch auf der Internationalen Funkausstellung präsentierte RFT mit Star-designer Luigi Colani einen eiförmigen Fernseher, 1997 waren Gewinne und 200 Millionen Mark Umsatz geplant.

Doch die Manager verschätzten sich gewaltig. Im vergangenen Jahr war das Werk nur zur Hälfte ausgelastet, der Umsatz dümpelte bei weniger als 80 Millionen Mark, die Verluste erreichten 50 Millionen.

Nun will der französische Konzern Thomson Multimedia das Vertriebsnetz von RFT übernehmen und Lohnaufträge nach Staßfurt vergeben. Ein Drittel der Jobs könnte das sichern. Das Werk selber will Thomson nicht kaufen.

Etliche Betriebe stehen dadurch vor dem Kollaps. Sie ächzen unter Lohnstückkosten, die um ein Drittel höher liegen als an Rhein und Ruhr.

„Die starken Lohnsteigerungen“, schimpft Jenoptik-Chef Späth, „haben sich als die Achillesferse der ostdeutschen Wirtschaft erwiesen.“ Dieses Problem sei, kritisieren auch die Wirtschafts-

Schon ein Drittel der Betriebe entlohnt unter Tarif

forschungsinstitute, „in der Politik wie in der Öffentlichkeit beharrlich verdrängt worden“.

Immer lauter plädieren Unternehmer wie Späth dafür, den Flächentarifvertrag in Ostdeutschland für mindestens fünf Jahre auszusetzen. Ansonsten bliebe vielen Firmen nur die „passive Sanierung“: Sie feuern Leute, um wieder rentabler zu werden.

Oder sie halten sich nicht mehr an geltendes Tarifrecht. Schon jetzt entlohnt ein Drittel der Unternehmen, vor allem in der Bau-, Druck- und Textilindustrie, seine Beschäftigten unter Tarif – und die nehmen lieber eine Lohninbuße hin als eine mögliche Entlassung.

Mark Subventionen vom Bund, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Treuhand für sein Bestwood-Spanplattenwerk in Ribnitz-Damgarten. Nun ermitteln Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung – und 484 Arbeitern droht das Aus.

Der Detmolder Unternehmer Alfred Wiesemann heimste über 200 Millionen Mark an Bürgschaften und Investitionszuschüssen ein. Mit einer launigen Rede hatte er der Treuhand die Aluhett Aluminium Werke am Rande des Osthazes abgeschwatzt. Wiesemann gönnte sich trotz tieferer Zahlen 60 000 Mark Monatsgehalt – bis Sachsen-Anhalt weitere Bürgschaften verweigerte.

Gleich 15 Treuhandbetriebe in Sachsen und Thüringen riß ein Kaufmann aus dem westfälischen Hamm an sich – vom Staubsaugerproduzenten über eine Bürstenfabrik bis hin zu einem ehemaligen Hersteller von Kalaschnikow-Maschinenpistolen. Er, der einst die Unternehmensfinanzierung einer Bank in Bochum leitete, ruinierte sie fast alle und drei Firmen in Hamm dazu.

Doch unverdrossen verweist die Privatisierungsbehörde BvS auf ihre Erfolge. 1,5 Millionen Arbeitsplätze seien zugesagt, 211 Milliarden Mark Investitionen versprochen worden. Und die Planzahlen würden, so verkündet BvS-Präsident Heinrich Hornef, regelmäßig übererfüllt. Die privatisierten Betriebe bilden danach „die Basis für den wirtschaftlichen Aufbau“, betont die Behörde.

Andererseits bedrängen immer mehr notleidende Betriebe die Staatsmanager an der Leipziger Straße in Berlin, sie wollen Verträge neu verhandeln, versprochene Zusagen streichen und weitere Subventionen einsacken. Oder sie traktieren die BvS gleich mit Klagen vor Gericht.

Selbst der Bundesrechnungshof mag dem Zahlenwerk der BvS offenbar kaum noch trauen. Immer wieder bemängeln die Kontrolleure, daß die BvS, die dem Bonner Finanzministerium unterstellt ist, keinen wirklichen Einblick in die Bücher der Firmen hat – und daß sie, wie etwa beim Bremer Vulkan, zu lasch prüft.

Der Druck auf die BvS wächst. Die Nachlassverwalterin der Treuhand wird wohl noch öfter eingreifen müssen wie bei Sket, dem einstigen Renommierbetrieb aus Magdeburg. Die BvS nahm das ehemalige Stammwerk des VEB Schwermaschinenbaukombinats Ernst Thälmann samt seiner 2079 Beschäftigten wieder komplett zurück, nachdem zwei Westinvestoren gescheitert waren. Bis



P. GRANSER / ARGUS

Vorzeigebetrieb VW-Werk Zwickau: Erfolgsgeschichten sind Ausnahmen

Vielen ehemaligen volkseigenen Betrieben mangelt es nicht nur an Eigenkapital, an Liquidität und an Absatz im Westen. Verschärfend kommt hinzu, daß die Produktivität noch nicht einmal zwei Drittel des Niveaus der alten Länder erreicht hat. Dennoch müssen die Ostunternehmen fast genauso hohe Löhne und Gehälter zahlen wie die Konkurrenz drüben, ab Juli sind in der Metallindustrie 100 Prozent des Westlohns fällig.

Aber es ist nicht allein der Markt, das unbekannte Wesen, das den Ostfirmen mit all seinen Tücken zu schaffen macht. Viele wurden von windigen Westlern systematisch ausgenommen. Glücksritter, Hasardeure und Abzocker nutzten die laxen Kontrolle der Treuhand aus und lenkten üppige Fördergelder in ihre Westfirmen um. Vulkan läßt grüßen.

Wessis machten reihenweise Betriebe platt. So kassierte etwa der Hamburger Kaufmann Eduard Kynder 276 Millionen

uns in der Schule beigebracht hat“, sprach damals der SPD-Oberbürgermeister von Wolfen. Auf dem Gelände hinterm Puschkinplatz schulten verdiente Vertreter des Außenhandels im Brachland auf Schippe um. „Die



S. BERGEMANN / OSTKREUZ

beigebracht hat“

Film“, wie das alte Kombinat genannt wurde, zerfiel.

Westschrott heißt die Firma, die nun den Ostschrott beseitigt. „An wirtschaftlichen Gründen allein hat es nicht gelegen“, sagt Lothar Schwarz, der PR-Strategie, „sonst gäbe es bei Lafontaine keinen Stahl mehr, bei Rau keine Kohle und an der Küste keine Werften.“ Auch Infrastruktur sei eine Frage des Willens: „Wenn die Heeresleitung '41 mit den



Truppen vor Moskau sprechen wollte, hat sie Telefonkabel legen lassen.“

In der Sprache der Fußballer, der Schwarz sich als ehemaliger Stopper von Chemie Wolfen verpflichtet fühlt, heiße das für die Zukunft: „Nicht die Zahl der Wadenkrämpfe entscheidet, sondern die der erzielten Tore.“ Weitere hundert Stellen soll der Investor Manderman mit einem Großlabor schaffen. Wenn die Händler mitspielen, denen sich die neue Orwo hofknicksend

nähert – „Start mit neuen Filmen“ – mag mehr möglich sein.

Das Wolfener Problem aber ist mit ein paar Fließbandstellen mehr oder weniger nicht zu lösen. Wolfen hatte ein Monopol, und das ist gebrochen. Aus Industriearbeitern, die ihre Ersparnisse ins Stufenheck japanischer Mittelklassewagen pumpen, werden keine Existenzgründer, die nachts im Schuppen Gewinde von Hand schnitzen.

„Die soziale Hängematte“, die Treuhand und Bund gehäkelt haben, halte davon ab, in Kleinbetrieben „für weniger Geld mehr zu arbeiten“, sagt Jürgen Dunkel von der Auffangesellschaft GÖS. Die Männer aus dem US-Staat Maine, die für 270 Millionen Mark in Wolfen ein Flachglaswerk bauen, seien vom Arbeitsmarkt schwer zu bedienen: „Die sagen knallhart: kein Tarif und keine Frauen – denen muß nur einer an die Brust fassen, und wir haben den Salat.“

ABM sei die „Fortsetzung der DDR mit anderen Mitteln“, sagt Pfarrer Axel Noack. Es fehle inzwischen an Alten für die vielen Altenpfleger, die hier ausgebildet würden. Und die Jungen wandern ab. „Diese Region stirbt“, sagt der Manager Dunkel, „wenn nichts geschieht.“

Dunkel will „Potentiale der Vergangenheit“ für Zukunftstechnologien nutzen. Gemeinsam mit Bitterfeld soll ein Chemiapark gebildet werden. Doch das dauert. Das Bauhaus Dessau hat einstweilen mit Kreuzen aus Gras kreative Maßstäbe im Ruinenland gesetzt. Die Expo 2000 will in denkmalgeschützten Agfa-Häusern vom Jahrhundertanfang Quartier beziehen. Doch dort baumeln abgeplatzte Farbfetzen von der Decke wie Fledermäuse im Winterschlaf.

Es stinkt nicht mehr nach Schwefelkohlenstoff in Wolfen. Die Blätter der Bäume sind grün. Wer es geschafft hat, spaziert darunter im fliederfarbenen Blouson, vom Puschkinplatz zur Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Es gibt jetzt Obdachlose vor den Werktores und Halbstarke in den Trabantensiedlungen, die Bürger wie den Landtagsabgeordneten Kurt Rahmig aus Geldgier halbtot treten. Doch wo gibt es das nicht.

Es riecht nach Angst in Wolfen. Liquidatoren sorgen sich um Liquidatorenlöhne, Planer von gestern um Pläne für morgen und ABM-Frauen um die Zeit danach. Die Arbeiterin, die das Museum auf dem Gelände der „Film“ betreut, sagt in anstandslosem Investorendeutsch über die Löcher in ihrer Filmstadt: „Das sind Freiflächen, die durch Rückbau erlangt werden.“

Ihre Stimme ersäuft im Gedröhn der Preßluftschlämmer.

1998 will die BvS nun selber das Ex-Kombinat sanieren, ganz entgegen der früheren Strategie, und erneut zum Kauf anbieten. Dann dürfte über eine Milliarde Mark an Subventionen nach Magdeburg geflossen sein.

„Auch wenn sich die BvS tapfer wehrt, werden in Zukunft noch viel mehr Unternehmen wieder bei ihr landen“, prophezeit der Kieler Ökonom Klaus-Dieter Schmidt.

Die wenigen erfolgreichen Ostunternehmen florieren in einer Nische oder haben, wie das VW-Werk Zwickau, einen potenten Westkonzern hinter sich. So kaufte der Chemieriese BASF das Synthesewerk in Schwarzheide, investierte 1,3 Milliarden Mark und macht seit einem Jahr mit 2000 Beschäftigten Gewinn. So erhielt der Zwickauer Autzulieferer Sachsenring einen Auftrag von Mercedes-Benz, baut nun Fahrerkabinen im Wert von 300 Millionen Mark und stockte sein Personal von 285 auf über 600 Mitarbeiter auf. Und so lebt die Berliner Sero Entsorgungs AG prächtig von den wachsenden Müllbergen: 135 Millio-

Selbst pessimistische Prognosen waren noch zu optimistisch

nen Mark Umsatz sorgen für gute Geschäfte, selbst die Börse honoriert die Erfolge der Ostfirma.

Einzelne Erfolgsgeschichten ändern jedoch nichts am Gesamtbild: Die industrielle Basis der Ostwirtschaft ist zu klein – und sie schrumpft weiter. „Inzwischen gelten doch Unternehmen mit mehr als 400, 500 Beschäftigten schon als Großbetriebe“, sagt Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Im Westen zählen solche Firmen zum Mittelstand.

Im Jahre sechs nach der Einheit finden sich nicht einmal 50 Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitern. In der Liste der 100 größten deutschen Unternehmen taucht kein einziges auf.

Die industriellen Kerne sind zu Miniaturen verkommen. Schon 1991 warnte das Referat VI-IIb des Bonner Finanzministeriums vor einer „drohenden De-Industrialisierung“ im Osten, vor einem „Mezzogiorno-Effekt“. Das interne Papier beschwor düster die Gefahr, „daß lediglich rund 20 Prozent der industriellen Arbeitsplätze im Beitrittsgebiet – das wären 700 000 von ehemals 3,4 Millionen Arbeitsplätzen – überleben“.

Jetzt erweist sich diese pessimistische Prognose als noch zu optimistisch. Am Jahresbeginn zählte das Statistische Bundesamt erstmals weniger als 600 000 Industriearbeiter.

Noch schlimmer: Die neuen Länder tragen gerade sechs bis sieben Prozent



Bauboom in Leipzig: In der Schlüsselbranche geht es zweistellig bergab

zur gesamten Industrieproduktion der Republik bei, nach ihrem Bevölkerungsanteil müßten es knapp 20 Prozent sein. Wenn sich daran nichts ändere, urteilt Ökonom Brenke, werde „auch die übrige Wirtschaft nur schlecht vorankommen“ – die Mittelständler, Dienstleister und Existenzgründer.

Bislang wurde der – mäßige – Aufschwung Ost vor allem von der Baukonjunktur getragen. Ein künstliches Gebilde, das vor dem Einsturz steht: Der Bau hat 16,7 Prozent Anteil an der gesamten Wertschöpfung; im Westen sind es nur 5,3 Prozent. „Das ist ein Warnsignal“, sagt Klaus von Dohnanyi, Sonderbeauftragter der BvS.

Nun geht es in dieser Schlüsselbranche zweistellig bergab. Um 15 Prozent fielen die Auftragseingänge im ersten Quartal dieses Jahres – stärker als im Westen. Beim Bau von Gewerbe-Immobilien sackten die Aufträge sogar um 22 Prozent.

Düster sieht es auch bei den Investitionen der hochverschuldeten Länder und Kommunen aus. „Die haufen ihre Bauinvestitionen gnadenlos zusammen“, sagt Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank.

Der Wohnungsbau, für Walter „der Wachstumsträger Nummer eins“, steht vor dem Absturz. Ende dieses Jahres laufen die großzügigen Steuergeschenke für die Bauherren aus – dann werden noch ein paar Eigenheime hochgezogen, der Bau von Mietwohnungen wird aller Voraussicht nach gegen Null tendieren.

„Ein großes Checkout“ sieht der ehemalige Strabag-Chef Peter Jungen, der sich nach der Wiedervereinigung sechs Baufirmen zugelegt hat: Nach seiner Prognose werden von den ostdeutschen Bauunternehmen ein Viertel bis ein Drittel vom Markt verschwinden und 70 000 bis 100 000 Arbeitnehmer ihren Job verlieren.

Die einzige blühende Industrie im Osten, so stellt sich immer deutlicher heraus, ist auf einem künstlichen Nähr-

boden gezüchtet worden. Mit den größten Steuergeschenken, die es in Deutschland je gab, hat Bonn Besserverdienende dazu verleitet, ihr Geld in den Bau ostdeutscher Hotels, Einkaufspassagen, Bürohäuser, Lagerhallen oder Wohnungen zu stecken.

Den angeblichen Aufschwung Ost mit einer gewaltigen Nachfrage an Büros und Wohnungen beschrieben die Immobilienverkäufer so überzeugend, daß ihre Kunden daran glaubten. Vor allem die tüchtigen Sachsen, erzählten sie, würden als erste den Aufschwung schaffen – die Immobilienbranche wählte Leipzig zur „Boom-town“.

Die Folge: In keiner anderen Stadt wurde so am Bedarf vorbeigebaut wie in Leipzig. 30 Prozent der Büros stehen inzwischen leer, Tendenz steigend. „Die bauen hier, als gäbe es kein Morgen“, klagt ein Mitarbeiter der Maklerfirma Jones Lang Wootton.

Östlich vom Hauptbahnhof erlebt ein ganzer Stadtteil seine Auferstehung. Dutzende von Baukränen drehen sich über dem Graphischen Viertel, der traditionsreichen Adresse für Verlage und Druckereien. Im Akkord ziehen Banken, Bauträger und Immobilienfonds riesige Büroaläste hoch, die keiner braucht.



Investitionsobjekt Gewerbepark
Steuergeschenke für Besserverdienende

Vor den Toren der Stadt drohen weitere Investitionsruinen: die Wohnparks auf der grünen Wiese. Überall in den zwei- oder dreigeschossigen Ghettos stehen Wohnungen leer, weil die Mieten horrend und die holprigen Straßen ins Zentrum oft verstopft sind.

Im Jahr 2000, prophezeit das Institut für Regional- und Baumentwicklung, werden rund um Leipzig 12 000 Wohnungen ungenutzt sein. Kaum besser sieht es im Umland von Berlin, Chemnitz, Dresden oder Magdeburg aus.

An der Bauwut haben die Initiatoren der Immobilienfonds und ihre Verkaufstruppen blendend verdient, der Ostwirtschaft aber hat die Scheinblüte wenig gebracht. Großprojekte wurden von den Westkonzernen errichtet, und ausgestattet wurden die Gebäude fast ausschließlich mit Westprodukten.

Nun ist der Boom zu Ende. Die kapitalkräftigen Konzerne aus dem Westen werden die Rezession überstehen, viele ostdeutsche Mittelständler nicht.

Doch ist der Absturz unausweichlich? Oder können die Fehler, die nach der Ver-

Klamme Gründer reißen sich gegenseitig in den Abgrund

einigung gemacht wurden, doch noch korrigiert werden?

Klaus von Dohnanyi, der ehemalige Hamburger Bürgermeister und engagierte Ostlobbyist, drängt daher darauf, die Ostler bei der öffentlichen Auftragsvergabe stärker zu berücksichtigen: „Wenn die ostdeutsche Wirtschaft keine Marktanteile im Westen bekommt, dann wird sie sich auch nicht auf eigene Beine stellen können.“ Aber das fordert er schon lange, geschehen ist fast nichts.

Wirtschaftspolitiker und Unternehmensverbände rufen nach einer neuen Gründungsoffensive. Sie hoffen auf ein Heer von Selbständigen, das die Arbeitsplätze der Zukunft schafft. Das sei, so der Tenor, allemal besser, als sterbende Fabri-

briken künstlich am Leben zu erhalten. Solch einen Boom hatte es schon einmal gegeben. Nach der Wende entstanden über 700 000 Gewerbebetriebe mit drei Millionen Jobs.

Doch die Ex-DDR-Bürger, die sich mit wenig Geld selbständig gemacht haben, kommen nur mit Mühe über die Runden. Es rächt sich, daß Handwerker oder High-Tech-Tüftler, anders als die im Westen, niemals Rücklagen bilden konnten.

Selbst die Flut von staatlichen Zuschüssen, von

Am schlimmsten aber traf die Jungunternehmer vor drei Jahren der Konkurs der Stella Bau GmbH, einer Tochter der renommierten Ersten Baugesellschaft Leipzig (EBL). Als Subunternehmer hatte PTM in Eberswalde eine Glasfassade im Wert von 700 000 Mark montiert. Pünktlich zur Übergabe meldete Stella Konkurs an, eine Rechnung über 280 000 Mark blieb offen.

Damit war der Gewinn von zwei guten Jahren weg. „Wir haben versucht, die Konzernmutter haftbar zu machen“, sagt Hofmann beinahe gelassen, „aber da wurde die EBL auch schon liquidiert.“ Damals war PTM faktisch am Ende. Dennoch wollten Griga und sein Partner nicht aufgeben. Das Unternehmen etablierte sich gerade, gute Aufträge waren akquiriert. Die Bank wartete unüblicherweise ab, Lieferanten stundeten ihre Rechnungen. Nach zwei Monaten war der Betrieb wieder liquide.

Seither hat sich die Zahlungsmoral der Kundschaft eher verschlimmert. Hofmann telefoniert häufig mit seinem Anwalt. Zur Zeit laufen vier Mahnverfahren und ein Zivilprozeß. Selbst lächerliche Summen müssen oft per Gerichtsvollzieher eingetrieben werden.

Das Unternehmer-Duo hat aus dem Beinahe-Absturz gelernt. Per Computer, dem einzig modernen Gerät im originalgetreu eingerichteten, braun und grau dominierten Kombinatbüro, werden alle Rechnungsaus- und -eingänge kontrolliert.

Gibt es Zweifel an der Solvenz eines Kunden, stellt PTM kurzfristig Zwischenrechnungen – oder verlangt eine Bankbürgschaft. „Das wirkt eigentlich immer“, sagt PTM-Chef Hofmann. „Wenn nicht, ziehen wir unsere Leute ab.“

Auch wenn die Folgen der Stella-Pleite verkraftet sind: Der Betrieb kämpft immer wieder aufs neue ums Überleben. Daß er es, im Gegensatz zu vielen anderen Ost-Baufirmen, bis heute geschafft hat, ist schon ein großer Erfolg.

Noch muß eisern gespart werden. Spitzengehälter sind nicht drin, viele Investitionen müssen zurückstehen. Die schlecht isolierte Halle müßte längst modernisiert sein, Toiletten und Duschräume verströmen nicht nur sozialistischen Mief.

„Das ist nicht gerade präsentabel“, weiß auch Hofmann, und das nervt den sonst so akkuraten Mann. „Aber wichtiger ist erst mal, was wir auf der Baustelle abliefern.“

Bonner Krediten bis zu Beteiligungsfonds oder Eigenkapitalhilfen, kann die Löcher kaum stopfen. Statt dessen reißen klamme Gründer sich gegenseitig in den Abgrund. „Die Zahlungsmoral vieler Leute“, schimpft ein Bauunternehmer aus dem thüringischen Gotha, „ist fast schon kriminell.“

Zudem leiden viele Existenzgründer an „deutlichen Management-Defiziten“, befindet Hans-Joachim Beyer vom Institut der deutschen Wirtschaft. Das betriebswirtschaftliche Wissen sei oft mangelhaft: „Wer nach drei Jahren seine Bilanz nicht lesen kann, hat einfach ein Handicap.“

Längst haben die Industrie- und Handelskammern und die Deutsche Ausgleichsbank deshalb ein altes Konzept neu etabliert: den Runden Tisch. In geschlossenen Zirkeln suchen notleidende Gründer, Banken und pensionierte Westmanager nach Rettung. „Oft wenden sich die Unternehmen aber erst in letzter Minute an uns“, klagt der Leipziger IHK-Präsident Rudolf Sommerlatt.

In Sachsen-Anhalt eilt sogar eine spezielle „Taskforce“ des Wirtschaftsministeriums zu Hilfe, wenn es irgendwo kriselt. Die schnelle Eingreiftruppe, per Handy erreichbar, geht ganz diskret vor,

damit die Kunden des gefährdeten Unternehmens nichts merken.

So sinnvoll das im Einzelfall auch sein mag, den Aufschwung Ost retten solche eher rührenden Aktionen nicht. Dazu bedarf es Maßnahmen von ganz anderem Kaliber: einer drastischen Kosten-

Eher mehr denn weniger Transfers müssen fließen

senkung etwa. Der Ökonom Sinn, der in seinem Buch „Kaltstart“ schon 1991 auf die Fehler der Vereinigung hingewiesen hat, plädiert für ein Modell, das Lohnkürzungen mit einer Beteiligung am Unternehmen koppelt.

„Noch ist alles drin“, glaubt Rüdiger Pohl, Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle: „Das Ganze kann massiv abschwächen – oder aber sich zum Guten wenden.“

Die Zeit drängt. Eindringlich warnen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten, daß jetzt „die letzte Chance“ vorhanden sei, „den realen Aufholprozeß gelingen zu lassen“.

Ohne weitere Hilfen aus dem Westen, das betonen die sonst so marktgläubigen Wissenschaftler, wird es jedoch kaum gehen – „wenn nicht die gesamte Region auf Dauer abgekoppelt bleiben soll“.

Eher mehr denn weniger Transfers müssen fließen, urteilen die Forscher. Nochmals müsse der Staat – wenn auch nur vorübergehend – in die Bresche springen, damit der „rasante Verlust an Dynamik in der Gesamtwirtschaft“ gestoppt werde. Die Milliarden müßten aber, stärker als bisher, nicht für den Konsum, sondern für Investitionen in der Industrie und bei den industrienahen Dienstleistungen eingesetzt werden.

Und das Geld, so fordern die Ökonomen, dürfe auch nur fließen, wenn es „eine verbindliche Zusicherung der Tarifpartner“ gibt, „daß die Löhne für einige Zeit nicht oder allenfalls geringfügig angehoben werden“.

Die Auswirkungen, die ein neues „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ wohl hätte, verschweigt das Frühjahrsgutachten aber. Denkbar wäre, daß die Bundesbürger den Solidaritätszuschlag noch viel länger zahlen müssen als erwartet; daß die Bundesregierung sich weiter verschulden muß, anstatt konzeptlos zu sparen. Und denkbar ist auch, daß Deutschland notfalls auf das Verschuldungslimit pfeifen muß, das zum Eintritt in die Europäische Währungsunion berechtigt.

Denn soviel ist klar: „Mißlingt der Versuch, Ostdeutschland auf eine eigene wirtschaftliche Grundlage zu stellen“, mahnt Jenoptik-Chef Späth, „ist der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat nicht zu halten.“

